

Wir sind nicht allein: Wie Deutschland und Europa die Abkehr der USA für die eigene Stärke und eine neue Form der internationalen Partnerschaftlichkeit nutzen können

von Cathryn Clüver Ashbrook, Nicole Deitelhoff, Anke Hassel, Anna-Katharina Hornidge und Wolfgang Schroeder | März 2025

Executive summary

Das deutsche Friedens- und Wohlstandsmodell ist auf innere und äußere Säulen gegründet. Im Inneren zehrt Deutschland von der Exportstärke seiner Industrie und von funktionierenden Sozialpartnerschaften. Diese sind im Äußeren wiederum auf europäische Integration, offene Märkte und verlässliche Regelwerke angewiesen. Die Fundamente beider Säulen wurden in den vergangenen Jahren erschüttert. Multiple Krisen und ein enormer Investitionsstau haben die deutsche Volkswirtschaft massiv belastet, insbesondere hinsichtlich ihrer Produktivität und Absatzstärke. Zugleich sind auch die internationalen Regelwerke und Organisationen sukzessive geschwächt worden. Staaten machen Politik immer häufiger an ihnen vorbei. Diese Entwicklungen haben sich durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine beschleunigt. Mit dem erneuten Amtsantritt von Donald Trump als Präsident der USA sind sie endgültig zur Weltordnungskrise geworden und werfen die Frage auf, wie und ob Deutschland sein Erfolgsmodell unter diesen Bedingungen bewahren kann. Wir argumentieren, dass das deut-

sche Modell nur dann zukunftsfähig ist, wenn Deutschland die inneren und äußeren Bedingungen dieses Modells entschlossener als bisher zusammendenkt. Eine leistungsfähige, nachhaltige industrielle Basis wird nur Bestand haben, wenn Deutschland sowohl die europäische Integration vorantreibt als auch die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung durch Partnerschaften mit Mittel- und Niedrigeinkommensländern stiftet und orchestriert. Auf den ersten Blick stehen Deutschland und Europa durch die Abkehr der USA von dem, was wir bis dato als regelbasierte Weltordnung verstanden haben, allein da. Auf den zweiten Blick ergibt sich aus dieser Konstellation eine historische Chance für ein zukunftsfähiges Deutschland in einem starken Europa. Wir empfehlen konkret:

- Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft weltweit. Ohne die Europäische Union ist ihre globale Gestaltungsmacht angesichts der zunehmend muskulären Politiken von China und den USA dennoch begrenzt.

Darum liegt es in Deutschlands ureigenem Interesse, die europäische Integration voranzutreiben. Der Schock durch den Rückzug der USA aus dem politischen Westen im allgemeinen und die Abkehr von Europa im Besonderen könnten ähnlich wie der **Delors-Moment** in den 1980er-Jahren erneut ein Fenster für einen grundlegenden Integrationsschub Europas öffnen, das Deutschland nutzen sollte – auch im Sinne eines **Europas variabler Geschwindigkeiten**.

- Ein starkes Europa, das seine Sicherheit selbst organisieren kann, seine Werte lebt und seine Wirtschaft fördert, ohne sich von offenen Märkten abzuschotten, wird (wieder) zum interessanten **Partner für viele Mittel- und Niedrigeinkommensländer außerhalb des ehemals sogenannten Globalen Nordens**. Denn sie teilen das Interesse Deutschlands und Europas an verlässlichen Regelwerken und offenen Märkten. Um die Mehrheit dieser Staaten für eine regelbasierte Ordnung zu gewinnen, müssen Deutschland und Europa sich zu Reformen der Regelwerke und Praktiken bekennen, die fairen Handel und Beteiligung in einem höheren Ausmaß ermöglichen, als dies durch die US-amerikanisch geprägte Ordnung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte der Fall war. Das erwarten die Länder des Globalen Südens – und das erwarten sie zurecht. Zugleich geht es auch darum, die bereits gefestigten westlich-demokratischen Partnerschaften mit Ländern wie Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland strategischer zu denken und auszubauen.

1. Die Ausgangslage: Ende oder Neuanfang einer regelbasierten Ordnung?

Europa droht allein zu stehen, wenn sich die globale Ordnung weiter in Richtung geopolitischer Großmachtstrategien und nachlassender Regelbindung entwickelt. Die neue US-Regierung unter Präsident Trump distanziert sich von Europa und zieht sich aus der transatlantischen Partnerschaft zurück. Annexionsdrohungen gegenüber Grönland, die Verächtlichmachung der Europäischen Union, die offene Infragestellung der Verteidigungswürdigkeit Europas, der Rückzug der militärischen Unterstützung in der Ukraine und prospektiv Europas stellen eine zweite Zeitenwende dar: Die Zeit des politischen Westens unter Führung der USA ist endgültig an ihr Ende gekommen. Die USA stehen weder als Führungsnation liberaler Demokratien zur Verfügung noch als Hegemon, der die internationalen Regelwerke und Organisationen stützen oder gegen Herausforderer wie China oder Russland und andere schützen kann oder will. Ganz im Gegenteil wirken sie selbst an der Zerstörung der regelbasierten Ordnung mit. Der Kahlschlag bei USAID, der Rückzug aus der WHO und dem Pariser Klimaabkommen und die neuen Strafzölle und Handelskriege sind eine deutliche Kampfansage an eine regelbasierte Ordnung.

Aber schon vor der erneuten Amtsübernahme Trumps in den USA ist die regelbasierte Ordnung unter Druck geraten. Auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022, der oft als Ausgangspunkt der Krise der regelbasierten Ordnung gewertet wird, stellt eher ein Sichtbarwerden älterer Verwerfungslinien dar, die sich seit den späten 1990er-Jahren verschärft haben. Sie entwickelten sich im Zuge der Gestaltungseuphorie des Westens, die eine massive Erweiterung und Vertiefung zunehmend liberal imprägnierter internationaler

Regelwerke nach sich zog. Diese regierten teils tief in nationale Gesellschaften hinein, ohne dass ihre Regierungen hinreichend Einfluss auf sie nehmen konnten. In der Folge wurden diese Regelwerke immer mehr als Zwangsinstrumente westlicher Interessen gewertet. Verstärkt wurde dieser Eindruck durch gescheiterte militärische Interventionen und insbesondere die umstrittenen Kriege der USA und ihrer Verbündeten im Irak und in Afghanistan in den 2000er-Jahren.

Diese Politik hat die Glaubwürdigkeit des politischen Westens, aber auch der regelbasierten Ordnung nachhaltig beschädigt. Die Folgen lassen sich seit den 2000er-Jahren studieren. Internationale Regelwerke werden insgesamt geschwächt – wie etwa das Welthandelsregime, das nach dem Scheitern der Doha-Runde durch blockierte Konfliktregelung und die Zunahme von Handelsabkommen außerhalb der WTO ausgezehrt wird. Letztlich scheiterte die Doha-Runde, weil die EU und die USA die Liberalisierung weiter vorantreiben, die für Staaten des Globalen Südens so wichtigen landwirtschaftlichen Sektoren jedoch davon ausnehmen wollten. Der Globale Süden begreift die WTO inzwischen in erster Linie als Schutzinstanz westlicher Interessen. Auch die Friedenssicherung ist massiv geschwächt. Die Rüstungskontrolle ist seit Jahren im freien Fall, die UN werden immer häufiger zum Zaungast bei Gewaltkonflikten, während Einzelstaaten oder *coalitions of the willing* ohne UN-Mandat intervenieren.

Autoritäre Mächte machten sich die Angreifbarkeit des westlichen Systems zu Nutze: Bereits in den ersten Jahren nach dem Eintritt in die WTO begann China mit der Unterwanderung des Regelwerks. Russland provozierte die Stärke der internationalen Rechtsordnung mit Eingriffen in Demokratiebewegungen in Nachbarländern, bis hin zu militärischen Handlungen in Georgien, in der Ukraine und anderen ehemaligen sowjetischen Gebieten. Beide setzten ihre Interessen in der Arktis dort durch, wo internationale Institutionen wenig ausgebaut waren. Das westliche Regelwerk wurde also einerseits intern geschwächt – ande-

rerseits wurde diese Schwächung auch extern beschleunigt und instrumentalisiert. Das westliche Versprechen, durch eine Fusion von Sicherheitsarchitektur, Regelwerk und offenem Welthandel global wachsende Prosperität und physische Sicherheit zu garantieren, schien gebrochen – und bot gerade deshalb für Autokraten in China und Russland die nötige argumentative Begründung imperialistischen Impulsen nachzugeben und diese in Richtung westlicher Nachbarn, Taiwan sowie Nachbarn im Südchinesischen Meer zu forcieren. Die Schwäche der existierenden Regelwerke korrespondiert mit der Etablierung alternativer Organisationen und Foren innerhalb der G7, der G20, aber auch der BRICS+-Staaten. Insbesondere China und Russland treiben die Fragmentierung der regelbasierten Ordnung voran. Insgesamt ist durch diese Entwicklungen das Misstrauen zwischen den Staaten gestiegen, die Kooperationsbereitschaft hat nachgelassen. Wir erleben die Entstehung einer multipolaren Welt. Die Frage ist jedoch, wie sie sich organisieren wird: Treiben die Staaten weiter auseinander und entwickeln multiple Ordnungen, die nicht mehr in einem gemeinsam gestalteten multilateralen System kooperieren, sondern in einem destruktiven Wettbewerb zueinander stehen? Oder gelingt es, eine regelbasierte Ordnung aufrechtzuerhalten, die zumindest in Kernbereichen durch einen Rahmen universeller, geteilter Normen (d. h. Menschenrechte und Völkerrecht) und eine gemeinsame institutionelle Landschaft (d. h. Vereinte Nationen und reformierte multilaterale Institutionen u. a. in den Bereichen Handel, Finanzen, Gesundheit und Umwelt) verbunden ist?

Diese Frage ist für viele Staaten von Bedeutung, für Deutschland ist sie überlebenswichtig. Das deutsche Wohlstandsmodell basiert vorrangig auf seiner industriellen Basis, Innovationskraft und Exportorientierung sowie einer funktionierenden Sozialpartnerschaft. Sein Erfolg ist dabei aber von äußeren Faktoren abhängig. Er beruht auf offenen Märkten, einer rechtsstaatlichen Grundordnung, robusten Regeln des internationalen Handels, verlässlichen internationalen Lieferketten

und dem freien Zugang zu Rohstoffen und Vorprodukten. Deutschland zehrt mithin von genau jener internationalen Verflechtung, die gegenwärtig bedroht wird. Für Deutschlands Positionierung in einer multipolaren Welt, in der Europa sich nicht auf die (Sicherheits-)Allianz mit den USA verlassen kann, muss die internationale Verflechtung neu ausgerichtet und abgesichert werden. Die neue Bundesregierung benötigt eine umfassende Strategie, um dieser Herausforderung gerecht werden zu können.

2. Multipolarisierung durch die EU gestalten

Der bisherigen Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung zufolge sind Wehrhaftigkeit, wirtschaftliche Resilienz und nachhaltige Entwicklung auf Grundlage demokratischer Selbstbestimmung miteinander verbunden (BReg 2023a). Territoriale Sicherheit ist damit auch eine notwendige Bedingung für eine nachhaltige Entwicklung. Umgekehrt schafft unsere soziale Marktwirtschaft erst die materiellen und gesellschaftlichen Ressourcen und Rahmenbedingungen, um den deutschen und europäischen Beitrag für internationale Sicherheit nachhaltig zu finanzieren. Denkt man Sicherheit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung zusammen, rücken zwei politische Aufgaben in den Mittelpunkt, um eine belastbare Strategiefähigkeit Deutschlands innerhalb und mit Europa zu erreichen:

1. die Stärkung Europas durch einen Integrationsschub im Sinne eines neuen Delors-Moments und
2. die partnerschaftliche Neuausrichtung der Beziehungen mit Mittel- und Niedrigeinkommensländern und ausgewählten Industriestaaten.

Dabei gilt es, die Institutionalisierung von Kooperation, die das Modell Deutschland in seinen in-

ternen Wirtschafts- und Sozialbeziehungen wie auch in seiner Exportorientierung seit jeher ausgezeichnet hat, neu zu beleben.

Ein starkes Deutschland braucht ein starkes Europa: Den Delors-Moment nutzen

Für die Bewältigung der ersten strategischen Aufgabe – die Vertiefung der Europäischen Integration – sind viele wichtige Voraussetzungen gegeben. Die Wiederwahl Ursula von der Leyens durch die Mehrheit der im Europäischen Parlament vertretenen Parteien des demokratischen Spektrums hat eine gute Basis für einen stärkeren Schulterschluss in Europa geschaffen; der Schock durch die neue Trump-Regierung verlangt den politischen Willen und das Momentum dafür. Schon einmal hat sich die EU am eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen: Unter der Führung von Jacques Delors wurde die Eurosklerose mit einem massiven Integrationsschub beendet, der die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften nachhaltig stärkte. Damals haben die Akteure der deutsch-französischen Achse um Helmut Kohl und François Mitterrand erkannt, dass in einer globalisierten Welt nationale Politikwechsel keine Chance haben, wenn sie nicht mit der Politik der EU zumindest kompatibel sind. Deutschland muss also in der und für die EU für einen Politikwechsel kämpfen. Heute muss ein solcher Delors-Moment breiter aufgestellt sein; vor allem braucht es Polen als Repräsentant der mittel- und osteuropäischen Länder. Mit Blick auf die Verteidigung kommt außerdem Großbritannien eine wichtige Rolle zu. Die EU von 2025 ist eine andere als die der 1980er-Jahre; sie ist weitaus größer und tut sich schwer damit, ihre Mitgliedsländer auf eine Strategie zu verpflichten.

Ohne neue Arenen und Konsensmuster inner- und außerhalb der EU wird es nicht gehen. Schon jetzt finden gerade mit Blick auf Verteidigung und Sicherheit die wichtigsten Treffen nicht mehr innerhalb der EU statt. Stattdessen treffen sich die wichtigsten fünf europäischen Staaten Groß-

britannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Polen, um gemeinsam ihre Verteidigungsplanung voranzutreiben. Großbritannien und Frankreich koordinieren eine Koalition der Willigen, um dabei zu helfen, einen möglichen Friedensplan für die Ukraine militärisch abzusichern. Es geht mit hin um ein Europa-Plus-Modell – oder anders ausgedrückt: um ein Europa der variablen Geschwindigkeiten, in dem die EU zwar institutioneller Kern bleibt, aber durch weitere Foren und Organisationen ergänzt wird. Europa kann den Herausforderungen der Gegenwart nur begegnen, wenn die Staaten zusammenarbeiten, die bereit sind, weitere Integrationschritte zu unternehmen. Deutschland täte daher gut daran, diese Pläne zu unterstützen und sich dabei selbst auch flexibler zu zeigen. Ein Beispiel: Mit den nun vereinbarten Änderungen der Schuldenbremse kann zumindest die Bundeswehr die nötigen Mittel für eine auskömmliche Ausrüstung erhalten und auch der Zivilschutz auf Stand gebracht werden. In diesen Bereichen wird es jedoch darauf ankommen, beide von Beginn an europäisch zu denken, d. h. weniger in nationale Waffen- oder Sicherheitssysteme zu investieren, sondern in (rüstung)industrielle Kapazitäten und gemeinsame Beschaffungen mit den europäischen Partnern sowie in arbeitsteilige Spezialisierungen. Für Deutschland wird das allerdings auch bedeuten, die eigenen Rüstungsexportkontrollregeln so weit zu lockern, dass gemeinsame Rüstung sich auch rechnen kann.

Zugleich muss Deutschland auch darauf achten, dass die weitergehende Integration der Wenigen nicht die Gesamtheit der Mitgliedsstaaten auseinander treibt. Hier muss es vor allem darum gehen, weitergehende Integration nicht mit Strafen für jene zu verbinden, die ihr fernbleiben, sondern mit Belohnungen für diejenigen, die sich beteiligen. Die Empfehlungen, wie sie von der deutsch-französischen Arbeitsgruppe um Daniela Schwarzer (Bertelsmann Stiftung) und Olivier Costa (Sciences Po) vorgelegt wurden, sind dafür zielführend. Diese Empfehlungen verbinden eine breitere Anwendung qualifizierter Mehrheitsbe-

schlüsse mit einer Vertiefung demokratischer Beteiligung auf europäischer Ebene.

Neben der Frage der institutionellen Reformen der europäischen Integration geht es aber auch um die substanzielle Ausgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Leitlinien der neu bestellten Kommission sehen vor, dass die europäische Außenwirtschaftspolitik neu gestaltet wird: Neben erhöhter, integriert funktionierender Wirtschaftssicherheit im europäischen Binnenmarkt soll es mehr Infrastrukturinvestitionen als Teil der sogenannten *Global Gateway Partnerschaften* geben. Hierfür bilden der diesjährige Gipfel von EU und Afrikanischer Union, die strategische EU-Indien-Agenda und eine vertiefte Kooperation mit ASEAN wichtige Zielmarken. Dabei können die *Global Gateway Partnerschaften* in ihrem Finanzvolumen durchaus vergleichbar mit der *Belt and Road Initiative* sein, werden jedoch vor allem als Reaktion auf diese Initiative Chinas wahrgenommen. Umso wichtiger ist ein proaktives Voranschreiten in weiteren Bereichen, wie beispielsweise Freihandelsabkommen mit Japan, Südkorea und Australien.

Im Handel sollen bi- und minilaterale *Clean Trade and Investment Partnerships* verfolgt werden. Hier besteht allerdings die Gefahr, dass dies nicht mit der gleichen Schlagkraft wie beim *Clean Industrial Deal* innerhalb der EU geschieht, worunter ihre Effektivität leiden könnte. Darüber hinaus dürfen bisherige Abhängigkeiten des Globalen Südens nicht unter neuen Vorzeichen fortgeschrieben werden. Vor diesem Hintergrund ist ein zentrales Versäumnis, dass die *Sustainable Development Goals* in von der Leyens Leitlinien nicht einmal erwähnt werden. Das widerspricht nicht nur grundlegenden Werten, sondern auch unseren Interessen, da die *SDGs* für Indien und Brasilien als besonders mächtige Partner im Globalen Süden weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Die G20-Präsidentschaften Indonesien (2022), Indien (2023), Brasilien (2024) entschieden sich wiederholt, die Agenda 2030 als die die Welt vereinende Agenda und Referenzrahmen in ihren Präsident-

schafts-Communiqués aufzugreifen. Europa sollte daher explizit die Orientierung an der Agenda 2030 und den SDGs und eine Stärkung dieses Orientierungsrahmens beibehalten und ausbauen.

Neue Partnerschaften für eine reformierte regelbasierte Ordnung

Auch wenn sich ein Delors-Moment ergibt und Europa ihn für neuen Schwung nutzen kann, reicht auch ein starkes, geeintes Europa nicht aus, gegen das Disruptions- und Konfliktpotenzial Russlands, Chinas oder der USA anzugehen. Es braucht Allianzen und Partnerschaften, die weit über Europa hinausreichen. Trotz aller Unkenrufe gibt es derzeit keine signifikante antiwestliche Allianz. Stattdessen gibt es viele Staaten, die den Westen zwar kritisch sehen, sich aber Optionen offen halten und die eint, dass sie wie Europa und Deutschland eine regelbasierte Ordnung aufrechterhalten möchten.

Um sie als Partner zu gewinnen, braucht es aber zweierlei: erstens die Bereitschaft, existierende Regelwerke und Organisationen so zu reformieren, dass sie den Ländern des Globalen Südens fairere Beteiligungsrechte einräumen und einen höheren Nutzen ermöglichen. Der im Herbst 2024 unter der Federführung von Deutschland und Namibia verabschiedete Zukunftspakt ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung (UN 2024a). Das Scheitern der Versuche Russlands, seine Verabschiedung in letzter Minute zu torpedieren, lässt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, dass der Pakt wichtige Interessen des Südens anerkennt: von einer verbesserten Repräsentanz in internationalen Institutionen über die Reform der internationalen Finanzarchitektur bis hin zu verstärkten Bemühungen zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsagenda. Deutschland muss nun seinen Beitrag leisten, diese Ankündigungen umzusetzen.

Zweitens ist auch eine neue Bescheidenheit mit Blick auf die Durchsetzung der eigenen Wertevor-

stellungen gefordert. Denn viele Staaten des globalen Südens haben Interesse an der Aufrechterhaltung der regelbasierten Ordnung, nicht aber ihrer im engeren Sinne liberal-demokratischen Variante. Es geht mithin darum, Interessen und Werte neu miteinander ins Verhältnis zu setzen, d. h. strategisch abzuwägen, welche Interessen Deutschland und auch Europa auf Grundlage welcher Werte wem gegenüber verfolgt. Diese Abwägung hängt vor allem davon ab, wie stark sich die jeweiligen Werte und Interessen überlappen. In der Umsetzung erfordert sie eine Selbstvergewisserung bzgl. der eigenen zentralen Positionen, um Verhandlungsräume mit alten und neuen Partnern zielgerichtet zu öffnen und in Kernbereichen der Wertorientierung zu begrenzen.

Darauf aufbauend sollte der Multilateralismus auf globaler Ebene als funktionale und regelbasierte Rahmenordnung verstanden werden, die je nach Politikfeld flexibel gestaltet und für unterschiedliche Akteure auch mehr oder weniger verbindlich gehalten werden kann. Auf dieser Grundlage können Deutschland und die EU mit anderen Staaten dann auch bei zum Teil widerstreitenden Werten kooperieren, soweit dies im wechselseitigen Interesse liegt. Dazu können auch Foren wie die G20 – oder Untergruppen dieser – dienen.

Ein zentraler Ansatzpunkt, solche Partnerschaften voranzutreiben, ist eine Reform des Welthandelsregimes und der Welthandelsorganisation WTO, die als Rahmenordnung erhalten bleiben, aber in konkreten Bereichen wie Standardsetzung und Handelsfeldern, etwa im Agrarbereich aber auch in der Entwicklung von Hochtechnologie um neue und fairere Regeln ergänzt werden sollte. Das sind Themen, die für Mittel- und Niedrigeinkommensländer von zentraler Bedeutung sind, aber auch dem Interesse Deutschlands und Europas an offenen, leistungsfähigen Märkten entsprechen. Im Hinblick auf solche Partnerschaften ist eine sequenzierte Serie von bi- und multilateralen Abkommen mit Schlüsselländern wie Indien, Japan, Südkorea und Brasilien sowie ausgewählten afrikanischen Ländern vordring-

lich. Es geht darum, eine neue Partnerschaftlichkeit zu entwickeln, in der die je eigene Sicht aller Partner ernst genommen und akzeptiert wird. Es geht um Partnerschaften, die der gegenwärtig beobachtbaren und letztlich global wohlstandsvernichtenden Blockbildung entgegenwirken – mit dem Ziel, ein Interessensnetzwerk zu schmieden, das Freihandel und regelbasierte Kooperation verteidigt. Letzteres setzt Diplomatie- und Strategiefähigkeit voraus, mit der die Ministerien übergreifend, geschickt sequenziert und auf Basis klar definierter Interessen an diese Partner herantreten könnten. Dabei ist eine mit europäischen Partnern abgestimmte Strategie hilfreich, die eine vertiefte finanzielle Unterstützung und geografische Öffnung insbesondere gegenüber innovativen Schwellenländern innerhalb existenter internationaler Organisationen absichern kann.

Dabei müssten im Technologie- und Rohmaterialbereich (inklusive des Mineralienabbaus) deutsche Standardsetzungskapazitäten eine größere Rolle spielen und Möglichkeiten der Einflussnahme erkannt und wahrgenommen werden. Diese Formen der Einflussnahmen sollten Teil einer kohärenten entwicklungspolitischen Ausrichtung werden, die aber darauf basieren muss, zunächst wieder verloren gegangenes Vertrauen aufzubauen. In bestimmten Bereichen der Hochtechnologie muss Deutschland umgekehrt akzeptieren, dass es als einstweiliger „Innovations-Champion“ von anderen Ländern eingeholt wurde, von diesen für die eigene Zukunftsfähigkeit lernen kann, aber dennoch die Standardsetzung international mitverhandeln muss. Das erfordert glaubwürdige Angebote an relevante Partner der Entwicklungszusammenarbeit, die deren Interessen genauso ernst nimmt wie die eigenen.

Aktuell geht Deutschland allerdings in die entgegengesetzte Richtung: 2015 hat sich die Weltgemeinschaft verpflichtet, mit der Agenda 2030 und den 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) globale Probleme gemeinsam anzugehen. Dabei tragen Industrieländer wie Deutschland und Europa – gerade auch nach der

Abwendung der USA von der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auf Ebene der Generalversammlung der Vereinten Nationen – eine besondere Verantwortung. Es gilt, die Umsetzung dieser selbst gesteckten Ziele voranzutreiben und die Agenda 2030 global mit Leben zu füllen. Ein Blick auf die Halbzeitbilanz dieses Gemeinschaftswerks ist ernüchternd: Nur etwa 17 Prozent der Einzelmaßnahmen sind global *on track*. Damit setzt sich eine seit 2019 anhaltende Skepsis bei der Umsetzung der SDGs fort. Um die SDGs bis 2030 noch zu erreichen, braucht es neben einem höheren Tempo vor allem auch mehr Partnerschaftlichkeit im Sinne des 17 SDGs.

Nun ist die Welt 2024 eine andere als 2015. Sie ist fragiler und der Systemwettbewerb drastischer geworden; wir beobachten einen deutlichen Rechtsruck und der Druck auf nationale Haushalte ist gestiegen. In diesen Zeiten werden in Deutschland Zweck und Nutzen internationaler Zusammenarbeit so fundamental infrage gestellt, wie seit langem nicht. Die Beziehungen zum Globalen Süden zu gefährden, läuft Deutschlands ureigenem Interesse am Erhalt und zielgerichteten Ausbau der bilateralen und multilateralen Strukturen jedoch entgegen. Die dafür notwendige Glaubwürdigkeit kann die Bundesrepublik mit dieser Haltung sicher nicht zurückerlangen.

3. Was muss geschehen?

Gegenwärtig ist offen, ob die multipolare Welt von morgen weiterhin in gemeinsamen multilateralen Strukturen vereint globalen Herausforderungen gegenüber treten kann – oder ob sie sich in unterschiedliche, potenziell (destruktiv) konkurrierende Ordnungssysteme zerteilt. Um weiterhin mittels gemeinsamer multilateraler Strukturen in einem Ordnungssystem verbunden zu bleiben, sollten alle Maßnahmen der Außen(wirtschafts)- und Entwicklungspolitik darauf hin geprüft werden, ob sie eine weitere Polarisierung auf globaler Ebene

dämpfen oder verschärfen. Es gilt, Deutschland und Europa in einer Weltordnung nachhaltig zu positionieren, in der es „den Westen“ als geeinte Allianz nicht mehr gibt.

Europa muss sich wieder einmal neu erfinden – und Deutschland muss das Seine dafür tun, dass Europa und Deutschland gestärkt und als glaubwürdige Partner für Länder des Globalen Südens aus diesem Prozess hervorgehen. Grundlegend dafür ist die Verknüpfung von werte- und interessen geleiteter Außen(wirtschafts-) und Entwicklungspolitik. Ein Spannungsverhältnis zwischen Werten und Interessen wird immer bleiben. Dabei gibt es jedoch einen Kern von Werten, die nicht verhandelbar sind und deren Grenzen mit Grundprinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechts-Charta umrissen werden können, ohne dadurch eine scharfe Grenze zu ziehen. Konflikte lassen sich nicht durch Krieg auflösen – aber auch nicht durch normativen Pathos ohne konkrete Umsetzung. Erforderlich ist der gezielte Auf- und Ausbau variabler Partnerschaften, um zentrale Regelwerke zu bewahren und zu reformieren. Drei Richtmarken halten wir dabei für entscheidend. An ihnen sollte sich das Handeln der nächsten Bundesregierung orientieren:

- 1. Innen und außen sind für Deutschland nicht zu trennen:** Unser Wohlstandsmodell beruht auf einer engen Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik. Um das eigene Politik-, Wirtschafts- und Wohlstandsmodell weiterzuentwickeln, bedarf es eines ambitionierteren Engagements der Bundesrepublik auf EU- und internationaler Ebene. Durch die veränderte geopolitische Lage, muss Deutschland seine eigenen Interessen klarer formulieren, ohne die eigene Wertebasis zu verraten. Der Zusammenhang zwischen Innen und Außen verlangt aber auch, dass die neue internationale Engagementstrategie auch national verankert wird.
- 2. Die Europäische Union stärken, einen neuen Delors-Moment entwickeln:** Die geopolitische Defensive der EU sowie die zu hohen Kosten der Nationalstaaten im Bereich Vertei-

digung, Klima und Migration bei gleichzeitiger geringer Performanz könnten der Ausgangspunkt für eine neue Offensive in der EU-Politik sein. In einer multipolaren Welt mit einem erneut gewählten US-Präsidenten Donald Trump und einem weiter erstarkenden China kann Deutschland nur mit der Europäischen Union eine wirkmächtige Rolle spielen. Dabei bieten die Wiederwahl Ursula von der Leyens und eine neue deutsche Regierung das Potenzial für einen neuen Delors-Moment.

- 3. Partnerschaften mit Niedrig- und Mittel-einkommensländern sowie ausgewählten Industriestaaten ausbauen und vertiefen:** Um dieses Modell für die Herausforderungen der Gegenwart in der multipolaren Welt neu auszurichten, benötigen wir eine Umgestaltung der Wertschöpfungsketten, damit mehr Wohlstand in jenen Ländern bleibt, die über die notwendigen Ressourcen verfügen. Anders lässt sich auch die Klimakrise nicht eindämmen. Das Investitionsprogramm der neuen Bundesregierung muss mithin nicht nur in Deutschland investieren, sondern dies mit Blick auf mögliche Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens tun. Damit das gelingt, ist es entscheidend, die je eigene Sicht aller Partner ernstzunehmen und zu akzeptieren.

Die Autor:innen



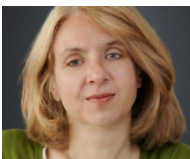
Cathryn Clüver Ashbrook

Senior Advisor der Bertelsmann Stiftung



Nicole Deitelhoff

Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien Globaler Ordnungen an der Goethe-Universität Frankfurt und Direktorin des Leibniz-Instituts für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF)



Anke Hassel

Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats von Das Progressive Zentrum und Professorin für Public Policy an der Hertie School



Anna-Katharina Hornidge

Professorin für globale nachhaltige Entwicklung am Institut für Soziologie der Universität Bonn und Direktorin des German Institute of Development and Sustainability (IDOS)



Wolfgang Schroeder

Vorsitzender von Das Progressive Zentrum und Professor für das Politische System der BRD an der Universität Kassel

Das Progressive Zentrum

DAS

PROGRESSIVE

ZENTRUM

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think Tank. Seit dem Jahr 2007 setzt die Organisation mit Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt. Ihr Ziel ist es, Orientierung in politischen Debatten zu stiften und mit ihrem Netzwerk eine Plattform für Progressive aus Deutschland, Europa und Nordamerika zu bieten – und so einer zukunftsfähigen Gesellschaft ein Stück näherzukommen, die allen gleiche und gute Lebenschancen ermöglicht.

 [Das Progressive Zentrum](#)

 [@dpz_berlin](#)

 [@dpzberlin.bsky.social](#)

www.progressives-zentrum.org

Zitationsvorschlag

Clüver Ashbrook, Cathryn; Nicole Deitelhoff; Anke Hassel; Anna-Katharina Hornidge; Wolfgang Schroeder (2025). Wir sind nicht allein: Wie Deutschland und Europa die Abkehr der USA für die eigene Stärke und eine neue Form der internationalen Partnerschaftlichkeit nutzen können. Das Progressive Zentrum. www.progressives-zentrum.org

DOI 10.5281/zenodo.15052384

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e. V., 2025
Veröffentlicht im März 2025

V.i.S.d.P.

Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e. V.

Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller,
Joachim Knodt

Geschäftsführer

Dominic Schwickert, Paulina Fröhlich

Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats

Prof. Dr. Anke Hassel

Redaktion

Andreas Oldenbourg, Paul Jürgensen,
Maria Menzel-Meyer

Grafikdesign, Layout und Satz

Greta Fleck

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org